

DEUTSCHLAND

CDU-Klage. Der Berliner CDU-Bürgermeister Franz Amrehn hat sich bei Parteichef Adenauer darüber beklagt, daß der Kanzler ihm vor drei Wochen in Bonn abschlug, was er dem SPD-Bürgermeister Willy Brandt jetzt konzedierte: die vom Berliner Senat seit langem gewünschte Registrierung aller Kraftfahrzeuge im Transitverkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik. Von der Bundesregierung war der Vorschlag bislang unter anderem mit der Begründung abgelehnt worden, daß die bei dieser Kontrolle zwangsläufig auftretenden Fehler zu einer erheblichen Beunruhigung der Bevölkerung führen wür-

den. Minister Heinrich Krone hatte dem Kanzler jedoch dringend geraten, sich dem Wunsch der Berliner nicht länger zu verschließen.

Grenz-Drohung. Neue Zwischenfälle an der Zonengrenze werden vom Bundesgrenzschutz befürchtet. Das Kommando Mitte (Kassel) hat die üblichen Schülerfahrten an die Zonengrenze abgesagt und alle Zivilisten davor gewarnt, sich der Grenze zu nähern. Nachdem kürzlich der DDR-Hauptmann Rudi Arnstadt von einer Grenzschutz-Streife erschossen worden war, haben sowjetzonale Offiziere den West-Patrouillen mit „Rache“ gedroht.

Rote Hilfe. Sowjetische Wirtschaftsfunktionäre beraten gegenwärtig

über eine Forderung Ulbrichts, der DDR einen Wirtschaftshilfekredit in Höhe von drei Milliarden Ostmark zu gewähren. Der SED-Chef hat während seines Besuchs in der Sowjet-Union Chruschtschow um Unterstützung gebeten, obwohl die Sowjets der DDR erst im Frühjahr einen 1,3-Milliarden-Kredit eingeräumt hatten. Die Parteichefs von Ungarn und Polen, Kadar und Gomulka, hatten auf der letzten Tagung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe davor gewarnt, der DDR weiterhin nicht genau spezifizierte Kredite zu gewähren. Sie forderten, die Entwicklungshilfe für Ulbricht nicht mehr den einzelnen Staaten zu überlassen, sondern über den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu koordinieren. Außerdem schlugen die Parteiführer vor, von der DDR für jeden Rubel Kredit den Nachweis wirtschaftlicher Notwendigkeit und Rechenschaftslegung über die Verwendung zu fordern.

VOLLE DECKUNG

Bundesverteidigungsminister Strauß und die CDU

Die „Frankfurter Allgemeine“ veröffentlichte eine Glosse von Friedrich Sieburg über das Verhältnis der CDU zu Franz-Josef Strauß:

Nachrichten, die mit dem Bundesverteidigungsminister Strauß zusammenhängen, sind stets eine lohnende Lektüre. Es ist, als ob von seinem Temperament ein wenig in den Wortlaut dieser Nachrichten flösse und sie lebhafter machten als andere politische Informationen.

Allerdings kommt es dabei wohl auch zu gewissen Zweideutigkeiten, die für den Sprachnörgler ein Anlaß sind, zur Genauigkeit des Ausdrucks zu mahnen und vor allem stehende Redewendungen überall zu vermeiden oder wenigstens nicht zu variieren. Heute konnte man lesen, daß die CDU sich vor Strauß stelle. Vorgestern aber hieß es, sie stelle sich hinter ihn. Hier muß endlich Klarheit geschaffen werden, man wird ja sonst ganz verwirrt! Vielleicht ist es dem Minister gleichgültig, ob die CDU vor oder hinter ihm steht, wenn sie nur treulich zu ihm hält.

„Das ist Jacke wie Hose!“ mag der um volkstümliche Wendungen nicht verlegene Minister ausrufen. Für ihn vielleicht, aber für uns nicht! Da liegt man im verdunkelten Zimmer — draußen ist es sehr heiß — und plagt sich mit der Rekonstruktion des Bildes. Aber man kommt zu keiner Lösung. In der Mitte steht der Minister, stramm, aufrecht und auf den ersten flüchtigen Blick keines Schutzes bedürftig. Aber schon sausen die Pfeile, die auf seine Brust gerichtet sind,

und es könnte vielleicht doch übel ausgehen, wenn die CDU ihn nicht mit ihrem Leibe deckte, was sie natürlich nur kann, wenn sie vor ihm steht.

Kritischer wird die Lage für den viel befehdeten Mann erst, wenn die Partei hinter ihm steht. In dieser Anordnung des Bildes kann sie ihm selbstverständlich Mut zusprechen, sie kann ihn anfeuern, sie kann ihm raten, sich vor den Geschossen zu ducken, sie kann ihm vor allem das Gefühl geben, daß er im Getümmel nicht allein stehe und daß er, sollte er verwundet werden, nicht einfach zu Boden fallen, sondern gegen einen aufrechten Freund sinken werde.

Also doch nicht Jacke wie Hose — es gibt da deutliche Unterschiede. Wenn man eine Heldenfigur ist, genügt es, daß der Freund hinter einem steht; ist man aber, wie die meisten von uns, geneigt, der Verwundung durch Geschosse vorsichtig (wenn auch würdig) auszuweichen, so ist es besser, die CDU — oder was auch immer — stellt sich vor uns.

Ja, wie sehr man auch sonst auf öffentliche Sichtbarkeit erpicht sein mag, in diesem Falle hat man nichts dagegen, völlig verdeckt zu werden. Dem Minister hätte es sicher genügt, wenn die Partei hinter ihm stände, denn er ist kein ängstlicher Mann — aber wenn sie schon einmal vor ihm stehen will, so darf sie sich nicht wundern, wenn sie, gespickt von Pfeilen, die wohl als konventionelle Waffen gelten dürfen, an seiner starken Hand vom Kampfplatz geleitet wird.

Strauß-Retirement. Die stellvertretenden CSU-Vorsitzenden, der bayrische Finanzminister Rudolf Eberhard und der Kissinger Oberbürgermeister Hans Weiß, haben beim CSU-Bezirksverband Unterfranken vorführen lassen, ob Platz eins der Landtags-Wahlkreisliste für den Parteivorsitzenden Franz-Josef Strauß freigehalten werden kann. Diese Position würde Strauß nach den Landtagswahlen in Bayern am 25. November dieses Jahres ein CSU-Mandat im Landtag garantieren. Die CSU-Vize-Chefs sind überzeugt, daß Strauß aus Bonn retirieren und in Bayern Ministerpräsident werden will.

Kapfinger. Prominente CSU-Führer haben Mitgliedern der CDU-Parteispitze vertraulich eröffnet,

- ▷ es existiere ein Testament Kapfingers aus der Zeit vor der Fibag-Affäre, in dem der Passauer Verleger den Verlag seiner „Passauer Neuen Presse“ der bayrischen CSU vermacht habe;
- ▷ Franz-Josef Strauß habe als einziges Mitglied des CSU-Vorstandes Kenntnis von diesem Testament gehabt;
- ▷ eine Abrede zwischen Kapfinger und Strauß habe besagt, daß beide schon im Laufe des Jahres 1963 einen Treuhänder für die „Passauer Neue Presse“ einsetzen wollten, damit Kapfinger sich aus der aktiven Geschäftsführung zurückziehen könne.

Kumpel. Auf rund 100 Millionen Mark, die das Land Nordrhein-Westfalen zur staatlichen Subventionierung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus beisteuern soll, wartet die Bundesregierung bislang vergebens. NRW-Ministerpräsident Meyers machte in einem Brief an den Bundeskanzler die früher bereits zugesagten Zahlungen jetzt unter ande-